

Literatur dieser Zeit zwar nicht verwunderlich erscheine, doch spielten hier noch andere Faktoren eine Rolle: Die polnische Bevölkerung habe sich Städte wie Lemberg in vielfacher Hinsicht derart angeeignet, dass die „literarische Ablehnung Lembergs als Reaktion auf diese Vereinnahmung gelesen werden“ (S. 245) könne. Zudem diene das negative Bild der Stadt der Integration, der Identitätsstiftung und der Abgrenzung.

Einigen Beiträgen hätte ein gründlicheres sprachliches Lektorat gut getan. Doch tut dies dem positiven Gesamteindruck nur wenig Abbruch. Der Band bietet facettenreiche Eindrücke aus einer spannenden Stadt und darüber hinaus aus der Geschichte der Deutschen in polnischen Gebieten. Ein großer Vorteil ist hier die Zusammenarbeit von Historikern und Germanisten, die gerade bei diesem Thema doch eigentlich unerlässlich ist.

München

Andrea Löw

Deutschsein als Grenzerfahrung. Minderheitenpolitik in Europa zwischen 1914 und 1950. Hrsg. von Mathias Beer, Dietrich Beyrau und Cornelia Rauh. Klartext Verlag, Essen 2009. 353 S. ISBN 978-3-8375-0097-4. (€ 32,-)

Schlägt man den Sammelband auf, verwundert zunächst die Anordnung der 18 Beiträge. Nach der Einführung von Dietrich Beyrau befassen sich die ersten drei Texte von Michael G. Esch, Ingo Haar und Alexa Stiller gleich mit der NS-Volkstumspolitik. Wollte man den Zeitraum 1914-1950 in voller Breite darstellen, hätte sich der Rezensent Einführungstexte zur Nationalitätenproblematik vor und im Ersten Weltkrieg gewünscht. Ein weiterer Text hätte dann in die Entstehung der neuen Staatenkonstellation nach 1918 einführen müssen. Schließlich hätte ein dritter Text begriffsgeschichtlich die Dreierkonstellation von „Deutschsein“, „Grenzerfahrung“ und „Minderheitenpolitik“ problematisieren müssen. Obwohl Beyrau einleitend auf die faktische und metaphorische Dimension der Grenzerfahrungen hinweist, vermittelt das Inhaltsverzeichnis zunächst eine staatsgeschichtlich (vielleicht auch gewaltgeschichtlich) verengte Perspektive.

Auch wenn die Aufmachung des Buches so irritierend ist und man schnell verleitet ist, eine eigene (vor allem chronologische) Reihenfolge der Besprechung der Beiträge zu wählen, erscheint die Lektüre einzelner Texte umso interessanter. Vielleicht ist die starke Konzentration auf den Zweiten Weltkrieg bzw. auf dessen Vorgeschichte seit 1918 und die Ausklammerung des Ersten Weltkriegs der Tatsache geschuldet, dass der vorliegende Sammelband im Kontext des Tübinger Sonderforschungsbereichs „Kriegserfahrungen. Krieg und Gesellschaft in der Neuzeit“ entstanden ist. Einleitend versucht sich Beyrau vor den von mir vorgebrachten Vermutungen und Spekulationen zu schützen, indem er Grenze(n) keineswegs im Zusammenhang mit der Geopolitik zu sehen vermag, sondern vielmehr Begriffe wie „Identität“, „Fremd“- und „Selbstwahrnehmung“ sowie Erfahrungen von „Deutschsein“ ins Feld führt. Das Verständnis von einer vermeintlich objektiven, naturgegebenen „natürlichen“ Ordnung wird hinter sich gelassen zugunsten subjektiver, auf Wahrnehmung und Deutung fixierter Kategorien. Das Bonmot Georg Simmels, die Grenze sei nicht mehr eine räumliche Tatsache mit sozialen Folgen, sondern eine soziale Tatsache mit räumlichen Folgen, rundet Beyraus Plädoyer für eine neue kulturwissenschaftliche Perspektivierung des Problems ab.

Michael G. Esch sieht die eingangs erwähnte Blickverengung der Wissenschaft auf den Zeitraum 1939-1950 und führt langzeitperspektivisch in die historische Verortung von „ethnischer Säuberung“ und Genozid hinein. Für die letzteren Phänomene macht er nicht so sehr die Totalitarismen des 20. Jh.s. verantwortlich, sondern vielmehr die Tiefen und Höhen des modernen Nationalstaats seit der Französischen Revolution. Den Beginn bzw. eine „wesentliche Landmarke“ (S. 26) in der Vorgeschichte der „ethnischen Säuberungen“ sieht er im Ersten Weltkrieg und dem Versuch, seine Folgen im Versailler System zu bewältigen, sowie in der Ethnisierung von Staatlichkeit und staatlichen Grenzen. Zwangsumsiedlungen werden abschließend als Antwort auf „eigensinnige [...] Ambivalenz[en]“ (S. 33) gedeutet und damit auch das Postulat von Beyrau eingelöst, die Subjektivität in den

Vordergrund zu rücken. Zu fragen bleibt nur, ob die Individualisierung, der Eigensinn und die Ambivalenz der Akteure in national gemischten Sphären tatsächlich höher war als in den homogenen und ob der Staat mit Zwangsumsiedlungen lediglich auf Radikalisierung im und durch Krieg oder eher allgemein auf die Auswüchse der Moderne reagiert hat.

Aufschlussreich ist auch der Vergleich der Beiträge von Ingo Haar und Alexa Stiller. Beide behandeln Kriterien und Ziele, Theorie und Praxis der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik. Während sich Haar aufgrund neuer Befunde im Warschauer Institut für nationales Gedenken auf das besetzte Polen beschränkt, untersucht Stiller mit großem Gewinn Polen, Frankreich und Slowenien. Bei Haar verwundert zunächst, dass er das sogenannte „Volkstlistenverfahren“ im „Reichsgau Wartheland“, in Danzig-Westpreußen und Ost-Oberschlesien lediglich als Inklusionsmechanismus präsentiert, zeigt doch Stiller eindringlich, dass die so genannten „Schutzangehörigen“ der Gruppe 4 der Deutschen Volksliste (DVL) vom Sicherheitsdienst überwacht und teilweise in Konzentrationslagerhaft genommen wurden. Diese „Renegaten“ wollte man also auf eine sehr brutale Art und Weise assimilieren. Kann man das noch als Inklusion bezeichnen? Die Trennung zwischen In- und Exklusion erscheint sehr fließend, und Stiller schafft es, in ihrem Text die mobilen Grenzen des „Deutschen“ ständig und differenziert zu hinterfragen. Dagegen konzentriert sich Haar vielmehr auf die Plausibilität der nationalsozialistischen Volkstumspolitik und sieht zwar, dass es keinen Alleinverantwortlichen und keinen allumfassenden Plan gegeben hat. Dennoch geht er trotz des „Ämterdarwinismus“ davon aus, dass alle Akteure – wie er sich wiederholt ausdrückt – „dann gemeinsam und effizient an einem Strang“ (z.B. S. 58) gezogen hätten.

Die folgenden vier Beiträge behandeln das deutsch-französische Grenzgebiet. Sabine Kienitz zeigt eindringlich, wie subtil und zugleich erfolgreich die französischen Besatzungsbehörden in der Pfalz nach 1918 eine Sprachpolitik betrieben haben. Dagegen wurde die Entgermanisierung im Elsass nach 1945 auf brutale Art und Weise durchgeführt. Um das aufzuzeigen, übersetzt Christiane Kohser-Spohn die französischen Euphemismen „purifier la nation, épuration“ eben nicht nur als „Bereinigung der Nation“, sondern spricht davon, dass im Elsass eine Gesellschaft regelrecht gesäubert wurde. Das tragische Schicksal der elsässischen *Malgré Nous* (Wehrmachtssoldaten) wird von Clemens Krüger aus autobiografischen Quellen rekonstruiert, d.h. sowohl Zwangsrekrutierung, Misstrauen und Schikanen während des Wehrmachtendienstes als auch die Repressalien in Frankreich nach 1945. Es wird dadurch auch nachvollziehbar, warum die elsässische Gedächtniskultur und die französische Vergangenheitsbewältigung nach 1945 im Widerstreit standen, wie Cornelia Rauh eindrucksvoll schildert.

Mit der Zeit wird allerdings die Lektüre der Beiträge ärgerlicher. Zwar setzen ausgewiesene Experten wie Jens Boysen („Staatsbürgerliche Optionen in Posen nach 1918“) und Bernard Linek („Marginalisierung der deutschen Minderheit in Oberschlesien nach 1918. Das Beispiel Königshütte“) neue Akzente, doch bleiben ihre Darstellungen auf die behördliche Nationalitätenpolitik fokussiert, egal ob sie nun eine globalgeschichtliche oder lokale Perspektive bevorzugen. Nach der bereits erwähnten Konzentration auf das Elsass folgen fünf Beiträge über Oberschlesien (Linek, Andrzej Michalczyk, Juliane Haubold-Stolle, Ryszard Kaczmarek und Peter Polak-Springer). Dass diese Region ein Paradebeispiel für die behandelten Zusammenhänge darstellt, weiß man eigentlich auch ohne die Lektüre dieser Texte. Angesichts des sehr guten Forschungsstands zu Oberschlesien hätte man lieber weniger bekannte Fälle kennengelernt. In seinem Beitrag über die Nachkriegsfolgen der Deutschen Volksliste in Großpolen bestätigt Krzysztof Strykowski die These von Alexa Stiller, dass sie ein Ausschlussmechanismus gewesen sei, auch wenn die Mehrheit der Deutschen tatsächlich den Status als Deutsche und des „Deutschseins“ anstrebte. Er resümiert die Paradoxie zutreffend: „Es handelte sich nicht immer um Personen, die viel mit der deutschen Nationalität zu tun hatten“ (S. 277).

Es beschleicht einen dennoch das Gefühl, dass man sich hier von einem Sonderfall zum nächsten durcharbeitet und als ob „Deutschsein als Grenzerfahrung“ aus dem Blickfeld geraten sei. Während noch Mathias Beer („Die deutsche Minderheit in Rumänien“) dafür plädiert, dieses Thema als Teil der europäischen Minderheitengeschichte zu erforschen, konzentrieren sich Norbert Spannenberger („Assimilation und Ausweisung in Ungarn“) und Hans Heiss („Grenzzonen in Südtirol“) auf die Mechanismen der staatlichen Nationalitätenpolitik, verstanden vor allem als Wechselspiel von Innen- und Außenpolitik. Resümierend kann man festhalten, dass hier eine ganze Reihe von sachkundigen und interessanten Texten präsentiert wurde. Leider geht nur ein kleiner Teil davon auf die im Buchtitel genannte These ein.

Berlin

Błażej Białkowski

Bernhard Böttcher: Gefallen für Volk und Heimat. Kriegerdenkmäler deutscher Minderheiten in Ostmitteleuropa während der Zwischenkriegszeit. (Studia Transylvanica, Bd. 39.) Böhlau Verlag. Köln 2009. 440 S. ISBN 978-3-412-20313-9. (€ 52,90.)

Der Erste Weltkrieg führte in Ostmitteleuropa bekanntlich zur Begründung neuer Titulnationen, die zuvor als ethnisch-kulturelle Minderheiten innerhalb der Vielvölkerstaaten Österreich-Ungarn, Russland und – in eingeschränktem Maße – Deutsches Reich gelebt hatten. Für diese Nachfolgestaaten, die nur nominell Nationalstaaten, tatsächlich aber Nationalitätenstaaten waren, war die öffentliche deutende Erinnerung an den Weltkrieg bzw. – meist noch stärker – an regionale Nachkriegskämpfe von konstitutiver Bedeutung für das eigene Staatsverständnis, da sie neben einer völkerrechtlichen vor allem auch einer ideellen Begründung („Staatsgründungsmythen“) bedurften. Fast unweigerlich standen diese Deutungen in einem oft diametralen Gegensatz zu denjenigen der früheren Titulnationen, die überwiegend mit den Verlierern des Weltkriegs identisch waren und deren ethnische Angehörige sich in großer Zahl als Minderheiten in den Nachfolgestaaten wiederfanden. Dieser Statustausch zwang die neuen Minderheiten zu einer Neubestimmung ihres kollektiven Selbstverständnisses und zur Festlegung ihrer Stellung in dem neuen, von einem anderen Ethnos dominierten Staat. Diese Selbstfindungsprozesse der neuen Mehr- bzw. Minderheiten verliefen nicht nur parallel zueinander, sondern in enger Wechselwirkung miteinander, was, in Abhängigkeit von den jeweiligen Rahmenbedingungen, zu konstruktiven oder destruktiven Interferenzen führen konnte.

Ein zentrales Element jener deutenden Erinnerung war das Gedenken an die Toten des Weltkriegs bzw. der Nachkriegskämpfe, insbesondere (wenn auch nicht ausschließlich) dasjenige an die „Krieger“, d.h. die bei den Kampfhandlungen Gefallenen. Hierbei kam der Sinnstiftungsaspekt des besagten Identifikationsprozesses besonders zum Tragen, war es doch für die Minderheiten von wesentlicher Bedeutung, ihre Position im neuen Staat zu bestimmen, indem sie die im Titel des vorzustellenden Werkes genannten Begriffe „Volk“ und „Heimat“ definierten: Anhand der Festlegung, für welche Bezugsgruppe, welches Land und welche Sache die Toten gestorben waren, erfolgte eine Aussage über die politische Verortung der Lebenden. Letztlich ging es um die Frage, ob bzw. wie eine Integration in den neuen Staat ohne Verlust der „völkischen“ Eigenart möglich war.

Vor diesem Hintergrund untersucht Bernhard Böttcher die Entstehung, Gestalt und Funktion von Kriegerdenkmälern verschiedener deutscher Minderheiten in Ostmitteleuropa 1918-1939. Dabei nimmt er sowohl die Denkmäler selbst – insbesondere unter ikonografischen und semantischen Gesichtspunkten – als auch den politisch-sozialen Entstehungskontext in den Blick. Neben die binnendeutsche Dimension der Denkmalspolitik, die zugleich den politischen Selbstfindungsprozess der Minderheit widerspiegelte, tritt die Kontrastierung mit der Denkmalspolitik der jeweiligen Titulnation und den darin zum Ausdruck kommenden, zumeist unterschiedlichen Deutungen von Krieg und Nachkrieg. Die Denkmalspolitik der deutschen Minderheiten musste stets auch die Außenwirkung des eigenen Gedenkens auf die Mehrheitsbevölkerung berücksichtigen, während die offizielle